Bericht über die Entwicklung in Polen

August 1958

Seite:

A. Innere Entwicklung 1

I. Politische Ereignisse 1

1) Kirche und Staat - eine Kraftprobe 1

2) Neue Basis für Parteiarbeit 5

3) Soziale Zusammensetzung der Partei bereitet immer Sorgen 5

II. Wirtschaft 7

1) Allgemeine Lage und die nächsten Aufgaben der Wirtschaft 7

2) Landwirtschaftliche Staatsgüter 8

3) Die Lage der Produktionsgenossenschaften 8

4) Polnische Bauern sind schlechte Steuerzahler 10

5) Einzelbauern investieren 10

6) Erntevoraussagen 10

7) Einnahmen aus dem Transitverkehr 11

8) Entwicklung der polnischen Maschinenindustrie 12

III. Soziale und kulturelle Probleme 13

1) Lehrergehälter werden erhöht 13

2) Wer wird an den Hochschulen studieren? 13

3) Neues Mietergesetz 14

4) Arbeiterselbstverwaltung 14

5) Familienhaushalte 16

6) Trotz erhöhter Mittel für den Arbeitsschutz - mehr Unfälle - 16

7) Soziologische Forschungen unter den polnischen Studenten 16

B. Polen und Ausland 19

1) Polnisches Parteiorgan gibt dem sowjetischen Angriff contra 19

- - - - - - - - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

1) Kirche und Staat - eine Kraftprobe

Eine Verschärfung der Beziehungen zwischen dem kommunistischen Regime und der katholischen Kirche in Polen, die sich seit Monaten abzeichnete, erreichte bekanntlich einen Höhepunkt in der zweiten Hälfte des Juli 1958, als die Organe der Staatsanwaltschaft und der Polizei in das als nationales Heiligtum Polens geltende Kloster von Tschenstochau eingedrungen waren und dort eine Haussuchung vorgenommen und eine Anzahl von Drucksachen beschlagnahmt hatten. Gegen die protestierenden Gläubigen ging die Staatsmiliz mit einer Brutalität vor, die kaum notwendig war, um eine ungestörte Arbeit der Staatsanwaltschaftsorgane zu gewährleisten. Damit begann eine Kraftprobe zwischen den zwei einflußreichsten Männern in Polen: Dem Parteisekretär GOMULKA und dem Primas der katholischen Kirche in Polen - Kardinal WYSZYNSKI.

Wie es auch nicht anders zu erwarten war, endete diese Kraftprobe in der ersten Rundemit dem eindeutigen Sieg des Regimes. Man hat das Prinzip durchgesetzt, daß alle kirchlichen Publikationen, ob gedruckt oder vervielfältigt, vorher einer staatlichen Zensur vorgelegt werden müssen, was von der Kirche in den letzten 20 Monaten nicht immer allzu genau beachtet worden war. Diese Zensur soll in Zukunft verhindern, daß die Kirche ihren eigentlichen Tätigkeitsbereich verläßt und in außerreligiösen Fragen eine Haltung einnimmt, die den Kommunisten nicht paßt. Es sieht aber nicht so aus, als ob GOMULKA nach der ersten gewonnenen Runde, die ihm einen rein formellen Sieg einbrachte, weiterhin an einem Kampf mit der Kirche interessiert wäre.

Aus unterrichteten Kreisen Warschaus war zu erfahren, daß während der letzten plötzlichen Verschärfung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat GOMULKA den Kardinal zu einer Unterredung eingeladen hat und ihm dabei klar zu machen versuchte, daß das Regime keine Situation dulden könne, in der die katholische Hierarchie in Polen die Richtlinien vom Vatikan, also einer fremden Macht, erhalte. WYSZYNSKI, dem man seinen Mut nicht absprechen kann, erwiderte darauf kühl, es wäre besser, dieses Thema nicht anzuschneiden, da man doch allzugut wisse, daß die Kommunisten ihre Befehlszentrale in Moskau, also außerhalb Polens, haben.

Beide Gesprächspartner waren sich sicher darüber im klaren, daß ein neuer Kirchenkampf den Interessen des polnischen Volkes nicht dienlich ist. Außer

den Fanatikern in beiden Lagern wünscht sich weder die Mehrheit der Partei noch die der kirchlichen Würdenträger diesen Kampf. Wenn es trotzdem zu einer Zuspitzung der Lage gekommen war, so wird dabei vielleicht ein mangelndes Verständnis der Besonderheiten der Lage in Polen seitens des Vatikans eine Rolle gespielt haben, und noch viel mehr die Haltung Moskaus, wo man die relativ große Freiheit der Kirche in Polen nach dem Oktober 1956 als eine Gefahr für den "Aufbau des Sozialismus" empfand. GOMULKA glaubte den Machthabern in der Sowjetunion zeigen zu müssen, daß er klare Grenzen für den Tätigkeitsbereich der Kirche einhalten wird.
Es sieht aber nicht so aus, als ob er einen Schritt weiter über diese von ihm als Notwendigkeit betrachtete Maßnahme gehen möchte. Bezeichnend dafür sind die Pressekommentare, die der Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen Kirche und Staat gewidmet sind.

Das Warschauer Blatt "Zycie Warszawy" brachte am 8. und 9. August zwei, in einem ziemlich vorsichtigen Ton gehaltenen Artikel, in denen es u.a. heißt:

"Eine gewisse Zeit - die Zeit währte leider nicht lange - war die Haltung der Kirchenbehörden durch das Verständnis für die polnische Staatsraison und durch ihren Wirklichkeitssinn gekennzeichnet. Die Kirche überschritt den breiten Rahmen der religiösen Tätigkeit nicht. Bei Äusserungen des Kardinal Wyszynski und anderer kirchlicher Würdenträger klang die Sorge um die Bewahrung der Ruhe und die Erfüllung der bürgerlichen Pflichten mit. In der Zeit der Parlamentswahlen ließ eine nüchterne Beurteilung der Lage das Episkopat eine richtige Haltung einnehmen und die Front der Nationalen Einheit mit der Arbeiterpartei an der Spitze unterstützen...

Eine deutliche Änderung in der Haltung des Episkopats dem Volksstaat und den gemeinsam festgelegten Richtlinien einer Verständigung gegenüber erfolgte erst nach der Rückkehr des Kardinal Wyszynski aus Rom Mitte 1957. In dieser Lage muß man sich fragen, ob diese Änderung nicht unter dem Einfluß der Vatikankreise erfolgte, die seit langem (nicht erst nach diesem Kriege) die Interessen des polnischen Staates bagatellisierten, dem reaktionären Deutschland aber wohlwollend gegenüberstanden...

Der Sinn des modus vivendi zwischen Kirche und Sozialismus, zwischen dem Episkopat und der Volksmacht, beruht auf der Abgrenzung der Tätigkeitsbereiche und Beachtung dieser Grenzen, übereinstimmend mit den geltenden Gesetzen und dem gemeinsamen Abkommen. Überschreitet die Kirche den Bereich der religiösen und rein kirchlichen Tätigkeit - und das war der Fall -, greift sie auf einer breiten Front auf die sozialpolitischen Gebiete über, so unterhöhlt sie die Fundamente der Verständigung und

Koexistenz. . Und wenn die Kirche das Gebiet der Politik überschreitet, um dort das bestehende System und die Volksmacht zu negieren, so muß das zu Konflikten führen, die niemand entfachen darf, wenn ihm das Wohl der Nation und des Staates wirklich am Herzen liegt."

Das Blatt zitiert das Fragment einer Predigt des Kardinal WYSZYNSKI, die vor Warschauer Studenten gehalten wurde und den Fragen des Eigentumrechtes gewidmet war:

"Das Recht des Individiums auf Eigentum ist ein integrales, ihm von Gott gegebenes Recht und niemand darf dieses Recht einschränken. Eigentumsrecht ist das natürliche Recht eines jeden Menschen. Ich kannte einen Gutsbesitzer aus meiner Gegend persönlich, - wie dieser seinen Besitz liebte, wie ihn jedes Getreidekorn erfreute - heute treibt er sich nutzlos herum. Würde der Boden im Besitz dieses Menschen eine wahre Wohltat auch für die Allgemeinheit sein?... Die Kirche ist gegen jegliche Form von Verstaatlichung des Eigentums auf einer breiteren Basis, da sie ein Mißbrauch und ein Unrecht ist."

Der Vorsitzende der Strafkammer des Obersten Gerichtes in Warschau - Zygmunt OPUSZYNSKI - nahm in einem großen Artikel über die "Prinzipien des Rechtsstaates, die für alle gelten" (in "Trybuna Ludu" vom 16. August) Stellung zu den Fragen der Betätigung der Kirche auf sozialpolitischem Gebiet. Er zitierte eine Äusserung aus der Predigt des Bischofs GOLINSKI, der vor den katholischen Rechtsgelehrten und Juristen in Polen folgendes sagte:

"Das staatliche Gesetz soll dasbejahen, was die christliche Ethik auf dem Gebiet der Regulierung der Eheangelegenheiten, auf dem sexuellen Gebiet und zum Teil auf dem Gebiet der Preispolitik diktiert."

OPUSZYNSKI kommentiert:

"Die Beschränkung der staatlichen Gesetzgebung auf das, was die christliche Ethik diktiert, würde in letzter Konsequenz bedeuten, daß der Inhalt der Gesetze nicht von der Entscheidung der konstitutionellen, gesetzgeberischen Organe, sondern von den Prinzipien abhängt, die von der kirchlichen Hierarchie festgesetzt und ausgelegt werden. Diese Konzeption ... knüpft an die überholten, mittelalterlichen theokratischen Grundsätze an."

"Trybuna Ludu" meint, daß die christliche Ethik in sehr vielen Fragen mit der allgemeinen weltlichen Ethik und den Rechtsnormen übereinstimmt. In der Äußerung des Bischofs weist man aber auf solche Fragen hin, in denen die christliche Ethik von der weltlichen Ethik und den Rechtsvorschriften abweichen kann, wie die Eheprobleme usw. Das Blatt schreibt von "zahlreichen Fällen, in denen organisierte Demonstrationen einen Druck auf die staatlichen Organe ausüben wollen und meint dazu:

"Zwecks Erhaltung der Grundsätze des Rechtsstaates im Verhältnis zwischen Bürgern und Staat ist es absolut notwendig, daß über die Entscheidungen der staatlichen Organe nur das Gesetz bestimmt. Der Versuch, die Entscheidungen durch das Appelieren an die religiösen Gefühle oder durch das Organisieren mancher Formen von kollektivem Druck zu erreichen, sind mit der Rechtsstaatlichkeit nicht zu vereinbaren."

Besonders scharf greift man die Entscheidung der bischöflichen Kurie an, nach der ein Mann, der vorher eine gültige Zivilehe vor dem Standesamt geschlossen und mehrere Jahre in dieser Ehe gelebt hat, mit einer anderen Frau kirchlich getraut werden darf, auch wenn die erste Ehe nicht geschieden ist. Das Blatt meint, daß es sich eigentlich um eine Förderung einer Art von Bigamie handelt. Eine solche Situation wäre auch in vielen westlichen Ländern nicht denkbar, in denen nur diejenigen kirchlich getraut werden dürfen, die vorher schon vor dem Standesamt die Ehe geschlossen haben.

Solche Unbesonnenheiten mancher kirchlicher Würdenträger, die zu Praktiken führen, die man auch in den meisten demokratischen Staaten der freien Welt nicht dulden könnten, geben natürlich denjenigen unter den polnischen Kommunisten Argumente in die Hände, die eine Straffung des Kurses der Kirche gegenüber verlangen. GOMULKA würde nur äusserst ungern das Risiko eines Kampfes mit der Kirche auf sich nehmen. In diesem Kampf kann es keinen endgültigen Sieg für ihn geben. Auch viele gewonnene Schlachten nützen manchmal nicht vor Niederlagen. Wenn man die Sache nur seiner Entscheidung überlassen würde, so würde er sicher weiter auf der Basis des Abkommens vom Oktober 1956 mit der Kirche auskommen wollen. Die Unduldsamkeit mancher polnischer Katholiken sowie der eventuelle Druck aus Moskau kann die Situation natürlich ändern und GOMULKA zu weiteren Maßnahmen zwingen, die ihn auf die Dauer wenig Erfolg und wenig Sympathien versprechen. Es wird viel von dem polnischen Verstand der Kirchenfürsten in Polen und von ihrem Sinn für Mäßigung abhängen. Eine Wiederbelebung des Kulturkampfes wird auch der Kirche wenig nützen und dem polnischen Volke schon garnicht.

2) Neue Basis für Parteiarbeit

"Trybuna Ludu" vom 5. August berichtet über Versuche, die die Parteiorganisation der zweitgrößten Stadt Polens - Lodz - unternommen hat, um die Parteiarbeit zu intensivieren.

"Bisher hat man den Bereich des Zusammenlebens und Zusammenwirkens der Parteimitglieder auf den Arbeitsbetrieb eingeschränkt, wo die Parteiorgatnisationen wirken. Das Fehlen jeglicher organisatorischer Verbindung zwischen den Parteimitgliedern in ihren Wohnstätten hat den Typ eines Parteimitgliedes 'für 8 Stunden pro Tag' ausgebildet. Dieser 'Stunden'-Parteimann zeigt sich als Parteimitglied nur in seinem Betrieb. Dadurch wird das Gesicht der Partei in den Großstädten völlig verwischt... Eine Organisation, die durch ihre Mitglieder nur in den Betrieben wirken kann und diese Möglichkeiten in ihren Wohnstätten nicht besitzt, arbeitet einseitig."

Aus dieser Überlegung zog man in Lodz die Konsequenz und bildete zuerst 2oo örtliche Parteigruppen, die auf Blockbasis aufgebaut sind. Das Blatt findet, daß die Idee sich als richtig erwiesen und inzwischen gut bewährt hat. Die örtlichen Parteigruppen sollen sich nicht darauf beschränken ab und zu bestimmte "Aktionen" durchzuführen (wie etwa bei den Wahlen), sondern systematisch arbeiten, vor allem im Rahmen der Nationalen Front.

3) Soziale Zusammensetzung der Partei bereitet immer Sorgen

Seit mehreren Jahren liest und hört man aus vielen Anlässen Klagen, daß die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei eigentlich mehr eine Beamten- als eine Arbeiterpartei ist. Als im Herbst des vergangenen Jahres die sogenannte Mitgliederüberprüfung begann, hieß es, eins der Ziele dieser Maßnahmen solle die Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Partei sein. Von dem Standpunkt gesehen erwies sich die letzte Säuberung, die inzwischen schon lange abgeschlossen wurde, als ein völliger Mißerfolg. Am 22. August mußte die parteiamtliche "Trybuna Ludu" feststellen, daß diese soziale Zusammensetzung nach der Überprüfung sich sogar noch etwas verschlechtert hat. Schuld daran ist u.a. die Art, wie man die Säuberung in den Organisationen durchführte, die vorwiegend Beamte und Angestellte umfassen. Dort verlief die Überprüfung "sehr liberal" und "mehr als formell ".

Das Blatt sieht darin einen Grund zur Beunruhigung, da "die Partei nur vorwiegend als Partei der Arbeiter existieren und ihr programm realisieren kann."

Daher ist der Prozentsatz der Arbeiter, der kaum an 40 % heranreicht, nicht befriedigend.

Vertreter der geistigen Berufe machen aber in der Parteistatistik mehr als 40 % der Mitglieder aus. Manche pfiffige Funktionäre, die das ewige Tadeln von den vorgesetzten Parteiorganisationen - man tue nichts, um die soziale Zusammensetzung in den Parteiorganisationen zu verbessern - schon satt haben, kamen auf eine wunderbare einfache Idee, um diesen Mißstand mit einem Schlage zu beseitigen. Man überlegte sich nämlich, daß ein beachtlicher Teil der Angestellten und Beamten noch vor ein paar Jahren Arbeiter waren, die von der Partei im staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltungsapparat abkommandiert waren. Nun sollen diese Leute in den Parteistatistiken in Zukunft als Arbeiter figurieren, was allerdings von manchen Seiten mit zweifelnder Kritik aufgenommen wurde. Die Kritiker meinen, mit solchen statistischen Schwindeln kann man ein ernstes Problem nicht aus der Welt schaffen.

Die Situation würde etwas besser aussehen, wenn die Position der Partei auf dem Lande nicht so verzweifelt schwach wäre. Unter den Einzelbauern und Kolchosbauern ist die Zahl der Parteimitglieder trotz aller Bemühungen immer noch sehr unbedeutend, und, obwohl fast die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeitet, zählen diese Leute in der Gesamtstatistik so gut wie gar nicht.

Das Parteiorgan macht noch auf eine beängstigende Tatsache aufmerksam: Das Altern der Parteiorganisationen. Der Prozentsatz der jungen Parteimitglieder wird immer kleiner. In einem Großwerk in Oberschlesien, in dem es 1219 Parteimitglieder gibt, gibt es nur 47 Genossen unter 25 Jahren.

II. Wirtschaft

1) Allgemeine Lage und die nächsten Aufgaben der Wirtschaft

Vor den Vertretern der Arbeiterselbstverwaltung sprach am 12. August der Chef der staatlichen Planungskommission, Stefan JEDRYCHOWSKI, über die Aufgaben der Wirtschaft in der nächsten Zeit. Sie heißen: Stabilisierung des Innenmarktes durch die Ausgleichung der Proportionen zwischen Angebot und Nachfrage und die Ausgleichung der Zahlungsbilanz im Außenhandel.

Die Versorgung des Binnenmarktes mit Lebensmitteln und industriellen Konsumgütern hat sich, laut JEDRYCHOWSKI, in der ersten Hälfte des Jahres 1958 wesentlich verbessert. Es gibt aber auch auf diesem Gebiet unerfreuliche Erscheinungen. So mußte der polnische Planungschef feststellen, daß viele Produktionsbetriebe, die jetzt an den finanziellen Ergebnissen ihrer Tätigkeit mehr als in früheren Jahren interessiert sind, die Tendenz zeigen, die Produktion der billigeren Assortiments der industriellen Massengüter einzuschränken, dafür aber die Produktion teurerer Waren aufzunehmen, was offensichtlich gegen die Interessen der Konsumenten verstößt. Es läßt sich in der letzten Zeit auch eine unkontrllierte, spontane Preiserhöhung mancher Artikel, die von der Kleinindustrie und den Arbeitsgenossenschaften hergestellt werden, beobachten. JEDRYCHOWSKI bezeichnete diese Preiserhöhung als unbegründet. Der Markt ist mit teureren Assortiments der Waren sowieso übersättigt.

Die kurzfristige Verschuldung des Staates im Ausland sollte sich in diesem Jahre um 25 Millionen Dollar verringern. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist schwierig, weil die wirtschaftliche Rezession in den westlichen Ländern einen Preissturz für die von Polen exportierten Rohstoffe und Agrarprodukte verursachte. Dagegen unterlagen die Waren, die Polen aus dem Ausland importieren muß, der Preissenkung nicht in dem gleichen Maße. So hat Polen in der ersten Jahreshälfte 50 % des geplanten Imports, aber nur 45 % des Exportwertes erreicht.

Eine besondere Bedeutung - so meinte der Chefplaner - hat in dieserSituation für Polen die Tatsache, daß ein großer Teil der Außerhandelsumsätze Polens mit den "sozialistischen Ländern" getätigt wird. Diese Umsätze unterliegen nicht den "schädlichen Fluktuationen des kapitalistischen Marktes".

Eine Konjunkturverschlechterung zwingt also Polen mit anderen Worten zu stärkeren wirtschaftlichen Bindungen an den Ostblock.

2) Landwirtschaftliche Staatsgüter

Lange Zeit sollen die Staatsfarmen noch eine finazielle Belastung für den Staat sein. Im Jahre 1956 brachten sie - laut "Trybuna Ludu" vom 1. August 5,3 Milliarden Zloty Defizit. Im Wirtschaftsjahr 1957/58 betrug das Defizit noch 3,8 Milliarden, in den nächsten zwei Jahren soll es auf 1,5 Milliarden vermindert werden. Man hofft, auch diese Summe weiter reduzieren zu können, wenn die Staatsfarmen weniger ertragreiche Grundstücke, die Verluste bringen, abtreten. Sie sollen zum Teil den Einzelbauern verkauft, zum anderen Teil aufgeforstet oder für andere Zwecke verwendet werden.

Die einzelnen Staatsfarmen wirtschaften jetzt selbständig. Über die Art der Produktion entscheiden nicht wie früher die Planer aus Warschau, sondern die Leitung der Farm und ihre Belegschaft. Man verspricht sich dadurch, die Farmen rentabler zu machen. Aber der Hauptmangel liegt darin, daß die Farmen keine verläßlichen Fachleute in der Leitung besitzen. Aus rein politischen Gründen wurden diese Leitungen mit zuverlässigen Parteigenossen vollgespickt, die aber wenig fachliche Vorbereitung für ihre Stellung mitbrachten. Nur jeder zweite Leiter der Staatsfarmen besitzt eine fachliche Ausbildung. Aus politischen Gründen will man ehemalige Gutsbesitzer und Großbauern, die fachlich gesehen die beste Vorbildung für diese Stellung hätten, nicht beschäftigen. Die neuen Absolventen der Agrarschulen wollen lieber in den Zentralverwaltungen in den Städten sitzen und betrachten eine Stellung auf dem Lande als eine Art Degradierung. Das Problem ist also nicht leicht zu lösen.

3) Die Lage der Produktionsgenossenschaften

Die Zahl der Produktionsgenossenschaften betrug Ende des Jahres 1957 1803. Die meisten davon liegen in den Wojewodschaften Posen (468) und Bromberg (216), die wenigsten in den West- und Nordgebieten Polens.

Die Kolchosen umfassen zurzeit 26.500 Mitglieder, davon 23.000 Familien, die eine Fläche von 227.000 ha bebauen. Die Durchschnittszahl der Kolchosmitglieder auf einen Kolchos betrug 11-22, die Größe der Bodenfläche pro Kolchosbauernfamilie - 5,1 ha.

Die kleine Bodenfläche, gerechnet pro Familie, ist nach Ansicht von "Trybuna Ludu" vom 21. August ein Beweis für eine Umwandlung in der sozialen Zusammensetzung der Kolchosmitglieder nach dem Umschwung vom Oktober 1956, als die meisten Kolchosen sich auflösten und aus den Übriggebliebenen viele Bauern austraten.

Unter denjenigen, die ausgetreten sind, überwogen die Besitzer der mittel-großen Bauernhöfe, die sich damals den Kolchosen angeschlossen hatten, um den überhohen Steuern auszuweichen. Die Masse der jetzigen Kolchosmitglieder besteht aus ehemaligen Landarbeitern, die durch die Agrarreform etwas Boden bekamen, Kleinbauern und Familien, die keinen Boden einbrachten und 28 % der Kolchosmitglieder ausmachen. Für alle diese Leute bedeutet das Verbleiben in der Produktionsgenossenschaft eher eine Verbesserung als eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Da die meisten Kolchosen zu klein sind, um die auf ihnen arbeitenden Familien durch den Anbau von Getreideund Hackfrüchten zu ernähren, beobachtet man die wachsende Tendenz, sich auf den Anbau sogenannter technischer Pflanzen umzustellen (z.B. Tabak, Hopfen usw.). Viele Kolchosen gründen auch kleine industrielle Betriebe oder Unternehmen, die auf Heimarbeit basieren.

In dersozialen Sicherung der Kolchosmitglieder hat sich auch manches geändert. Im Gegensatz zu der Zeit vor dem Oktober 1956 gibt es jetzt Unterstützungen für den Krankheitsfall, Deputate in Naturalien für nicht mehr arbeitsfähige Greise. Ältere Leute können für ihr Grundstück von dem Kolchos Pachtgebühren beziehen, man soll ihnen bei der Bebauung der Hausparzelle helfen usw.

Als eine beunruhigende Tendenz bezeichnet das Blatt zahlreiche Fälle, in denen man auf kollektive Viehzucht verzichtet und sie nur einzelnen Kolchosbauern überläßt. Ebenfalls ungesund ist die Tendenz, die Hausparzelle auf Kosten der Kolchosfläche ständig zu vergrößern.

Der Staat ist bereit, den Produktionsgenossenschaften weitgehende Hilfe zukommen zu lassen, allerdings nicht für die "fiktiven Genossenschaften", die ihre ganze Existenz darauf gründen, den Staat dauernd zu "melken". Solche Produktionsgenossenschaften sollen am besten gleich liquidiert werden.

Manche örtlichen Staats- und Parteiorgane nehmen immer noch eine ausgesprochen kolchosenfeindliche Haltung ein. Die berechtigten Forderungen der Produktionsgenossenschaften werden oft ignoriert, es kommt aber auch zu Diskriminierungsfällen der Kolchosen zugunsten der Einzelbauern.
Obwohl es noch viele Schattenseiten gibt, glaubt das Parteiblatt einen Grund zu der Annahme zu haben, daß man in den letzten zwei Jahren Grundlagen für die Festigung der Kollektivfarmen in Polen gelegt hat.

4) Polnische Bauern sind schlechte Steuerzahler

Über 10 Milliarden Zloty betragen die steuerlichen Rückstände der polnischen Bauern. Wie "Trybuna Ludu" vom 2. August schreibt, gibt es unter diesen Steuersündern schon solche, die sich seit Jahren auf die Steuerhinterziehung spezialisieren.

"Es gibt bei uns eine nicht kleine Anzahl von Bauern, die, wie man unter Bauern sagt, gemäß des Dekrets über die Gerichtsvollstreckung wirtschaften. Solche 'Juristen' gibt es wohl in jedem Dorf. Seit Jahren zahlen sie die Steuern nicht und man kann ihnen nichts anhaben. Sie besitzen auf ihrem Hof gerade so viel, wie der Vollstreckung nicht unterliegt."

Ein Teil dieser gewaltigen Summe nicht bezahlter Steuern muß nach Ansicht des Blattes wohl getilgt werden, nur ein Rest kann noch eingetrieben werden. Der Ministerrat hat kürzlich bestimmt, daß die fälligen Forderungen des Fiskus als Hypothek auf das Grundstück sichergestellt werden sollen. Ein böswilliger Nichtzahler muß in Zukunft damit rechnen, daß ihm sein Hof versteigert wird.

5) Einzelbauern investieren

In der ersten Hälfte des Jahres 1958 bezogen die Einzelbauern über 450 Mill. Zloty staatliche Kredite, von denen sie 400 für den Bau von Wohnhäusern und wirtschaftlichen Gebäuden wie auch für ihre Renovierung investierten. Auffallend ist, daß nur 3,6 Mill. für den Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten verwendet werden. "Trybuna Ludu" vom 3. August erklärt die offensichtliche Unlust der Bauern durch die Voreingenommenheit gegen die kollektive Benutzung der landwirtschaftlichen Maschinen. Man tut nahh Ansicht des Blattes eben zu wenig, um diese gemeinsame Nutzung der Maschinen im Rahmen von Bauernzirkeln zu propagieren.

Demgegenüber haben die Produktionsgenossenschaften in der ersten Hälfte 58 Millionen Zloty langfristige Kredite bekommen, von welcher Summe sie über 60 % für den Ankauf von Maschinen und Traktoren verwendeten und nur 21 Millionen für Bauzwecke.

6) Ernteveraussagen

Nach einem Bericht der Arbeiterpresseagentur (AR), der am 4. August veröffentlicht wurde, wird die diesjährige Getreideernte ungefähr der vorjährigen entsprechen. Für die vier wichtigsten Getreidesorten erwartet man Ernteerträge

von 14,9 dz pro Hektar. Der Gesamtertrag der Getreideernte wird voraussichtlich 13,3 Millionen Tonnen betragen, was ca. 200.000 to weniger sind, als im Vorjahre. Bei diesen Berechnungen hat man allerdings die Verluste, die durch die in diesem Jahre besonders häufig auftretenden Naturkatastrophen verursacht wurden, nicht berücksichtigt.

7) Einnahmen aus dem Transitverkehr

7,6 % des Gesamtwertes der polnischen Deviseneinnahmen machten im Jahre 1957 die Gewinne aus dem Warentransit durch das polnische Staatsgebiet aus. Nach dem Export von Kohle, Koks und Walzerzeugnissen war das die größte devisenbringende Position für Polen.

80 % sämtlicher Einnahmen aus dem Warentransit stammten aus dem Verkehr auf der Ost-West-Achse und umgekehrt, und nur 20 % aus dem Transit in nord-südlicher Richtung. Der Ost-West-Transit geht ausschliesslich auf dem Landweg vor sich. Die Menge der Transitwaren wuchs in den letzten Jahren enorm schnell. Im Jahre 1956 gab es 6.870.000 Tonnen Transitgut, im Jahre 1957 10.400.000 to und im laufenden Jahr schätzt man das Gewicht der Transitwaren auf den Ost-West-Strecken auf 11.600.000 to.

Der Ost-West-Transit wird in Polen als ein kaum konjunkturempfindlicher Transit bezeichnet. Auch die Drohung einer Konkurrenz ist hier nicht vorhanden. Ganz anders verhält es sich mit der Nord-Süd-Richtung. Es handelt sich hier um einen Land-See-Transit, an dem Länder beteiligt sind, die südlich von Polen liegen. In erster Linie ist hier an die CSR gedacht. Dieses Land ist aber nicht nur auf polnischen Transit und polnische Häfen angewiesen. Es kann genau so gut seine Waren über das gesamtdeutsche Gebiet und Hamburg aus- und einführen. Dabei spielen die Erwägungen der wirtschaftlichen Rentabilität die Hauptrolle. "Trybuna Ludu" stellt am 14. August mit Betrübnis fest, daß diese kaufmännische Kalkulation, die man den Tschechen nicht verübeln kann, in den letzten Jahren zu einer Abwendung des tschechischen Transits von Polen führte. Bis 1954 - in der autarken stalinistischen Wirtschaft - wuchs der tschechische Transit über Polen und die polnischen Häfen ständig an. In den Jahren 1954-56 stagnierte er auf einer Höhe von 1,5 Mill. to jährlich. In der gleichen Zeit erhöhte sich der Umschlag tschechischer Güter im Hamburger Hafen um 50 % und im jugoslawischen Hafen Rijeka um mehrere 100 %. Der Grund: Mangelhafte Umschlagleistung der polnischen Häfen.

Das Jahr 1957 brachte die Unterzeichnung eines neuen Abkommens mit der CSR, so daß sich im laufenden Jahre die Umschläge der tschechischen Transitgüter in polnischen Häfen vergrössert werden. Das polnische Parteiblatt vertritt die Ansicht, daß umfangreiche Investitionen in den Häfen von Stettin, Danzig und Gdingen notwendig sein würden, um die Umschlagleistung wesentlich zu vergrößern, damit die Konkurrenz der deutschen und jugoslawischen Häfen beseitigt wird.

8) Entwicklung der polnischen Maschinenindustrie

Um 90 % wird die Produktion der polnischen Maschinenindustrie in den Jahren 1960 bis 1965 wachsen. Das stellte der Minister für Schwerindustrie Kiejstut ZEMAJTIS in einem Interview mit der Zeitung "Zycie Warszawy" am 19. August fest. Diese Produktionserhöhung hält man zwar nicht für ausreichend aber die Grenzen der weiteren Entwicklung dieses Industriezweiges werden durch die Entwicklung der Stahlproduktion im gleichen Zeitraum festgelegt. Die Stahlproduktion wird sich nur um 30 % erhöhen, und zwar von 6,5 auf 8,5 Mill. to. In den letzten Jahren mußte Polen die sehr kostspieligen Investitionen zur Vergrößerung seiner Eisenverhüttung- und Stahlwerke einschränken.

In dem neuen Entwicklungsprogramm wird die Steigerung der Produktion von Massenbedarfsartikel wie Radio- und Fernsehapparaten, Fahr- und Motorrädern, Nähmaschinen und Kühlschränken besonders stark berücksichtigt, um den Binnenmarkt völlig sättigen zu können. Es ist dagegen noch nicht sicher, ob eine Produktion der billigen Kleinautos in dieser Zeit in großem Umfang aufgenommen wird.

Stahlwerke und Maschinenindustrie sind schon jetzt mit 42 % am polnischen Export beteiligt. Die derzeitige Exportquote der Maschinenindustrie soll bis 1965 verdoppelt werden, so daß Polen mehr Maschinen aus- als einführen wird.

"In den Handelsbeziehungen mit der DDR und CSR " - sagte der polnische Minister - "ist Polen als gleichwertiger Partner anerkannt worden. Wir spezialisieren uns auf die Produktion von rollendem Material und Schiffen. Aufgrund einer Vereinbarung mit der CSR soll Polen in Zukunft Diesellokomotiven von 70 bis 300 PS und 1.400 PS Leistungsfähigkeit herstellen. D ie Tschechen werden dagegen solche Lokomotiven mit einer Leistung von 700 PS produzieren. Die Tschechen sollen Schiffsmotoren in der Leistungsstufe bis 2000 PS produzieren, Polen dagegen solche über 2000 PS. Beide Länder werden bei dem Export fertiger industrieller Objekte, wie beispielsweise von Zuckerfabriken, kooperieren.

III. Soziale und kulturelle Probleme

1) Lehrergehälter werden erhöht

Im Nachkriegspolen gehörten die Lehrer zu den am schlechtesten bezahlten Gruppen. Außerdem wurden sie durch einen viel zu weit ausgebauten Lehrplan und außerberuflichen Pflichten (Nationale Front, Nationalräte usw.) überfordert, so daß dieser Beruf eine nur sehr geringe Anziehungskraft für den Nachwuchs besaß. Diese Stellung der Lehrerschaft im kommunistischen Polen drohte auf die Dauer das Niveau des Lehrerberufes und der Volksbildung weitgehend zu verschlechtern. Viele Stimmen haben auf diese Gefahr hingewiesen, so daß sich GOMULKA auf dem letzten ZK-Plenum veranlaßt fühlte, eine Verbesserung der finanziellen und beruflichen Lage der Lehrerschaft herbeizuführen.

Der Lehrplan wurde im Laufe des letzten Jahres auf ein vernünftiges Niveau abgebaut (vorher wurden die Kinder mit Lehrstoff direkt überlastet), die außerberuflichen Pflichten des Lehrers wurden zum größten Teil liquidiert und nun soll auch zum 1. September 1958 eine Gehaltserhöhung erfolgen.

Etwa 200.000 Lehrer werden um 15 bis 20 % mehr als bisher bekommen. Für diese Regulierung der Lehrergehälter wird der Staat eine Milliarde Zloty pro Jahr mehr zahlen müssen. Die Einnahmen der Lehrer werden dadurch wieder etwas höher liegen als der Durchschnittslohn eines Industriefacharbeiters.

2) Wer wird an den Hochschulen studieren?

Rund 43.400 Kandidaten bewarben sich um das Recht, im neuen Schuljahr 1958/59 ihr Hochschulstudium zu beginnen. Durch das Sieb der Prüfungen gingen aber nur 18.900. Aus Mangel an freien Studienplätzen wurden selbst 7000 Studenten, die ihr Examen gut bestanden hatte, nicht zum Studium angenommen.

Seit mehreren Wochen hat man schon darüber diskutiert, wie man die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft den kommunistischen Anforderungen anpassen kann. Seit dem Schuljahr 1953/54 verringert sich die Zahl der Studenten aus der Arbeiter- und Bauernschaft immer mehr - insgesamt um 15 % in den letzten vier Jahren.

Die Zahl der Arbeiter- und Bauernkinder unter den Studienkandidaten ist in diesem Jahr wesentlich größer als 1957. Bei gleichen Leistungen während des Examens hat man den Kandidaten aus diesen Schichten den Vorrang gegeben. Unter denen, die das Examen bestanden und nicht angenommen werden konnten, überwiegen die Vertreter der Intelligenzschicht.

3) Neues Mietergesetz

Bei sämtlichen Mietshausneubauten, die nach dem Kriege errichtet wurden, war der Staat (oder staatliche Genossenschaften) der einzige Bauherr. Die Mieten in diesen Häusern waren sehr niedrig, die Pflichten der Mieter so gut wie überhaupt nicht festgesetzt. Die Folge war eine unglaubliche Verwahrlosung der Wohnräume. Dazu kam noch die Tatsache, daß sich der Staat um die laufenden Renovierungen der Häuser fast überhaupt nicht gekümmert hat. Da die Häuser noch in einem Stachanow-Tempo gebaut wurden, was nicht unbedingt mit "solide" gleichbedeutend ist, war der Anblick eines nur mehrere Jahre alten Wohnhauses in Polen trostlos.

Nach dem Oktober 1956 hat man eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um den weiteren Verfall der Wohnräume zu verhindern. Zuerst hat man in vielen Fällen die nur symbolische Miete, die oft nicht mehr als 5 % des Lohnes des Haushaltsvorstandes ausmachte, etwas heraufgesetzt. Vor ein paar Wochen ordnete man an, daß jeder Mieter, wenn er eine Neubauwohnung bezieht, eine Kaution von mindestens zwei Monatsgehältern hinterlegen muß, die für ihn verlustig geht, wenn er die Wohnung verkommen lässt.

Im August 1958 arbeitete der Ministerrat den Entwurf eines neuen Mietergesetzes aus, in dem die gegenseitigen Pflichten des Vermieters und Mieters endlich wieder klar formuliert werden. Ein "Novum" des neuen Gesetzes ist, daß die Mieter einen Mietsvertrag unterzeichen müssen (so wie es vor dem Kriege immer der Fall war). In dem Vertrag verpflichtete sich der Mieter, die Wohnung in einem ordentlichen Zustand zu halten, die Schönheitsreparaturen auf eigene Kosten durchzuführen und die Wohnräume ihrem Zweck entsprechend zu benutzen. Dafür sind aber die Mieter auch berechtigt zu verlangen, daß der Vermieter sämtliche ihm obliegenden Reparaturen unverzüglich ausführt.

Ein weiteres Novum des Gesetzes ist, daß der Mieter einen Teil seiner Räume weiter vermieten darf. Soll jemand in seiner Wohnung einquartiert werden, so ist der Hauptmieter berechtigt, sich die Person des Untermieters selbst auszusuchen.
Hausverwaltungen, die ihren Pflichten nicht nachkommen, werden speziellen Sanktionen unterliegen, die der Nationalrat über sie verhängen kann.

4) Arbeiterselbstverwaltung

Ziemlich sang- und klanglos verliefen die ersten Beratungen der Vertreter der Arbeiterselbstverwaltung aus ganz Polen, die am 12. und 13. August 1958 in Warschau stattfanden. Zweck der Beratungen war, den Rahmen für die

Tätigkeit der Organe der Arbeiterselbstverwaltung festzulegen.
Die nach dem Oktober 1956 errichteten Arbeiterräte sollten ursprünglich die Funktionen der Arbeiterselbstverwaltung in den Produktionsbetrieben allein ausüben. Nachdem sie über ein Jahr existierten, hat die Partei eine wesentliche Korrektur in dem Funktionieren der Arbeiterräte durchgeführt.
Sie wurden mit den Betriebsräten und den Parteiorganisationen zur sogenannten Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung gekoppelt, wodurch ihnen praktisch jede Selbständigkeit genommen wurde. Außerdem wurden die Befugnisse der Organe der Arbeiterselbstverwaltung nur auf die Kontrolle der Betriebsleitungen beschränkt, was eine weitere Einschränkung ihres Mitbestimmungsrechtes bedeutete. Die Arbeit der entmachteten Arbeiterräte soll durch den staatlich gelenkten Gewerkschaftsbund koordiniert werden. Deshalb hat auch der zentrale Gewerkschaftsbund die letzten Beratungen der sogen. Arbeiterselbstverwaltung organisiert und geleitet.

Der Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Zygmunt WOLSKI, der ein Hauptreferat auf der Tagung hielt, stellte zwar fest, daß man weiterhin der Arbeit der Arbeiterselbstverwaltung eine große Bedeutung beimißt, aber aus den Stimmen, die in der Diskussion zu hören waren, geht hervor, daß die Arbeiterräte nur noch ein kümmerliches Dasein führen.

So hat z.B. ein Delegierter aus dem Bromberger Bezirk festgestellt, daß ein großer Teil der Mitglieder der Arbeiterräte sich von jeder Beteiligung an ihrer Arbeit fernhält, daß die Arbeiterräte monatelang keine Sitzungen abhalten, und daß die Kontrollfunktionen, die man ihnen auf dem Papier belassen hat, sehr mangelhaft ausgeübt werden. Ein anderer Delegierter aus dem Breslauer Bezirk erzählte den Versammelten, daß in der Kupfererzgrube "Konrad" eine Atmosphäre der Angst vor den Schikanen der Grubenleitung herrscht und infolgedessen nicht nur die Belegschaft, sondern sogar die Mitglieder des Arbeiterrates es nicht wagen, irgendwelche Kritik zu üben.

Der Hauptreferent hat auch betont, daß die Organe der Arbeiterselbstverwaltung wohl etwas zur Erhöhung der Produktion getan haben, dagegen auf dem Gebiet zur Verbesserung der materiellen und sozialen Lage der Arbeiterschaft so gut wie nichts mehr leisten.

Im übrigen hat man auf der Sitzung vor dem Mißbrauch der wirtschaftlichen Selbständigkeit einzelner Produktionsbetriebe gewarnt. Eine Tendenz zur Einschränkung der wirtschaftlichen Selbständigkeit, die man nach dem Oktober 1956 einzelnen Produktionsbetrieben gewährt hat, kam deutlich zu Tage.

5) Familienhaushalte

Am 21. August veröffentlichte die Presse die Resultate der neuesten Untersuchungen der Familienhaushalte durch das statistische Hauptamt in Warschau.

Im ersten Quartal 1958 hat man mit diesen Untersuchungen fast 2500 Familien erfaßt, hauptsächlich Arbeiterfamilien.

Bezeichnend für das niedrige Niveau der Löhne und Gehälter in Polen ist die Tatsache, daß 54 bis 57 % aller Ausgaben der untersuchten Haushalte für den Ankauf von Lebensmitteln verwendet werden. Der Konsum von alkoholischen Getränken machte 2,7 bis 3 % aus.

6) Trotz erhöhter Mittel für den Arbeitsschutz - mehr Unfälle

Mit Beunruhigung stellt die Leitung der Gewerkschaft Textil-Leder- und Bekleidungsindustrie in Polen fest, daß sich trotz erhöhter Geldmittel für den Arbeitsschutz die Zahl der Arbeitsunfälle immer mehr steigert. Eine beigefügte Tabelle veranschaulicht diese Entwicklung:

	Geldmittel für Arbeitsschutz	Zahl der Unfälle
1955	3.288.433.000	- 177.701
1956	3.720.623.000	- 189.946
1957	4.048.622.000	- 198.402

"Trybuna Ludu" kommentiert am 26. August diese rätselhafte Tendenz mit der Feststellung, daß man in den letzten Jahren die früher ausgebauten Organe der Arbeitsschutzinspektion zahlenmässig weitgehend eingeschränkt hat und in den letzten Monaten, also im Laufe der Aktion zur Liquidierung der Beschäftingungsüberwüchse, dieAngestellten der Arbeitsschutzinspektion sehr oft von den Betriebsleitungen entlassen wurden. Trotz der gesteigerten Geldzuwendungen für den Arbeitsschutz gab es - nach Meinung des Parteiblattes - mehr Unfälle, weil der Inspektionsapparat zu weitgehend abgebaut wurde.

7) Soziologische Forschung unter den polnischen Studenten

Der Lehrstuhl für Soziologie an der Warschauer Universität führte in der letzten Zeit soziologische Erhebungen unter den Warschauer Studenten durch. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen veröffentlichte die Wochenzeitschrift "Nowa Kultura" am 10. August 1958.

Unter STALIN war die Soziologie eine verpönte Wissenschaft. Über 10 Jahre lang hat man in Polen alle soziologischen Untersuchungen brach liegen lassen, obwohl gerade die Umwandlung des sozialen Gefüges der polnischen Bevölkerung dieser Wissenschaft besonders interessante Aufgaben stellen würden. Seit dem Oktober 1956 hat sich auch hier vieles geändert. Die ersten Ergebnisse der fast zweijährigen Untersuchungen kommen jetzt nach und nach ans Tageslicht. So geschah es auch im Falle der Warschauer Studenten.

Über 84 % der getesteten Studenten gehörten in der Vergangenheit dem einheitlichen Verband der Polnischen Jugend (ZMP), der nach dem Oktober 1956 aufgelöst wurde, an. Interessant ist zu wissen, was sie damals zum Eintritt in die staatliche Jugendorganisation bewegt hat. Die Tests haben folgende Antworten gebracht:

Aus politischer Überzeugung	8,2 %
aus dem Drang zur Aktivität	14 %
um an der Hochschule aufgenommen werden zu können	28,1 %
unter dem Druck der Jugendorganisation in der Mittelschule	17,9 %
unter dem Druck der Kollegen und Freunde	1,8 %
dem allgemeinen Trend folgend	18,3 %

Über das Verhalten der getesteten Studenten während des Oktoberumschwunges gab es folgende Antworten:

sehr aktiv	7 %
ziemlich aktiv	38,5 %
wenig aktiv	34 %
gar nicht aktiv	17,5 %
keine Antwort	3 %

Auf die Frage: "Möchten Sie, daß die Welt zu irgend einer Form des Sozialismus geht?" gab es in den verschiedenen Gruppen, unterteilt nach dem Aktivitätsgrad im Oktober 1956, folgende Antworten:

Möchtest Du, daß die Welt zu irgendeiner Form des Sozialismus geht?	Warst Du am Oktober 1956 aktiv beteiligt?				
	sehr aktiv %	ziemlich aktiv %	wenig aktiv %	gar nicht aktiv %	keine Antwort %
entschieden "ja"	43,2	25,8	22,4	19,7	18,2
eher "ja"	31,4	45,2	45,1	47,3	50,0
keine Meinung	9,8	16,5	22,4	17,3	18,2
eher "nein"	7,8	9,0	7,7	10,2	9,1
entschieden "nein"	3,9	2,1	0,4	3,9	-
keine Antwort	3,9	1,4	2,0	1,6	4,5
zusammen	100	100	100	100	100

Ein interessantes Bild bekommt man, wenn man das Verhältnis zum Sozialismus unter den religiös gläubigen und ungläubigen Studenten testet.

	Anhänger des Sozialismus	Unentschlossen	Gegner des Sozialismus
Gläubige	66 %	20,7 %	9,7 %
Ungläubige	76 %	12 %	9 %

Das Verhältnis zur Religion spielt also beim Durchschnitt der Studentenschaft eine verhältnismässig geringe Rolle, wenn es sich um politische Richtlinien handelt, meint kommentierend "Nowa Kultura".

Die Zeitschrift betont auch eine sehr weit fortgeschrittene Toleranz in Glaubensfragen und gleichzeitig das mangelnde Interesse über die Glaubensfragen der Umgebung. 56,2 % der Studenten betrachten ihre Beziehung zur Religion als Privatangelegenheit und haben kein Interesse für die diesbezügliche Meinung anderer Menschen. 24 % der Studenten meinen: Religion - Privatangelegenheit, aber ich möchte, daß andere Menschen in dieser Sache ähnlich denken wie ich. 18,6 % möchten ihre Ansichten über die Religion auch der Umwelt beibringen, ohne allerdings einen Druck auf sie auszuüben. Nur 0,6 % wären bereit, ihre Ansichten in der Religionsfrage auf die Umwelt sogar unter Anwendung gewisser Druckformen zu verbreiten.

B. Polen und Ausland

1) Polnisches Parteiorgan gibt dem sowjetischen Angriff contra

Die Polemik mit den sowjetischen "Genossen", die in den ersten Monaten nach dem Oktoberumschwung in der polnischen Presse oft recht heftige Formen annahm, verstummte in der letzten Zeit vollständig. Die Tendenz, die Russen nicht zu verärgern, war deutlich zu spüren. Andererseits gab eine gewisse Angleichung der politischen Linie GOMULKAs an die sowjetischen Direktiven den Sowjets wenig Grund zu Attacken, wie sie nach dem Oktober zu den Tageserscheinungen gehörten. Um so erstaunlicher war es, als man in der literarischen Beilage des Parteiorgans "Trybuna Ludu", der wöchentlich erscheinenden "Trybuna Literacka" - am 17. August eine Antwort auf die Attacke der sowjetischen Monatsschrift "Swjesda" fand, in deren Juniheft man einen Artikel über die "revisionistischen Strömungen" in der polnischen Literatur und Kunst veröffentlicht hatte.

Schon alleine die Tatsache, daß diese Antwort von "Trybuna Literacka" erteilt war, erregte allgemeine Verwunderung. Diese Zeitschrift steht in dem Ruf, einer Gruppe von Scharfmachern auf dem Gebiet der Kultur zu unterstehen, an deren Spitze der Schriftsteller und ZK-Kandidat Leon KRUCZKOWSKI fungiert. Eine zweite Überraschung ist der Name des Verfassers der Antwort, Jan Alfred SZCZEPA NSKI, der als eifriger Theaterkritiker stalinistischer Prägung lange Jahre bekannt war und noch bis vor kurzem die Zielscheibe vieler Verspottungen der "revisionistischen" Schriftsteller und Literaturkritiker Polens war.

Die sowjetische Zeitschrift hatte die Behauptung aufgestellt, daß man den polnischen Revisionisten wohl einen starken Schlag verpaßt habe, daß aber trotzdem dieVersuche, den Marxismus-Leninismus zu "revidieren", noch nicht aufgegeben worden seien. Weiterhin würden Pessimismus und Zweifel am Sozialismus verbreitet.

Diese Behauptung bezeichnet der polnische Kritiker als eine "weitgehende Verallgemeinerung". Das Bild der polnischen Kunst und vor allem der Literatur, dargestellt in "Swjesda" sei "unrichtig und entstellt". Die sowjetische Zeitschrift verwende eine Methode der Vereinfachung und werfe viele Erscheinungen von verschiedenem ideologischen Inhalt und Gewicht in einen Sack.

Eine polnische Zeitschrift - "Przeglad Kulturalny" - hat eine Filmrubrik eingeführt, in der alle besprochenen Filme in drei Spalten geordnet sind:

1) das müssen Sie unbedingt sehen
2) das würde sich lohnen zu sehen
3) das können Sie sich ruhig ersparen

Die "Swjesda" nimmt daran Anstoß, daß in den ersten zwei Rubriken westliche Cowboyfilme, "Krimis" und "pornographische westliche Filme" aufgeführt werden, während die sowjetischen und volksdemokratischen Filme meistens zu der dritten Kategorie gezählt werden. Der polnische Kritiker gab sich die Mühe, die Filmrubrik der genannten Zeitschrift durchzusehen und eine kleine Statistik anzufertigen. In der dritten Kategorie (das können Sie sich ersparen) fand er neben drei sowjetischen auch drei französische, zwei englische, zwei jugoslawische, einen italienischen, vier DDR- und sechs Bundesrepublik-Filme. In der Rubrik: "Es lohnt sich zu sehen" gab es fünf sowjetische, acht italienische, zwei französische, zwei englische, drei tschechische und einen amerikanischen Film. In der Rubrik: "Unbedingt sehen" fand er je mehrere italienische und französische und je einen Film sowjetischer, tschechischer, ungarischer, englischer, indischer, japanischer usw. Produktion.

SZSCEPANSKI glaubt auch im Gegensatz zu der sowjetischen Zeitschrift nicht, daß dasVerlegen der Bücher von Autoren wie PROUST, CAMUS, SARTRE usw. eine Gefährdung des sozialistischen Aufbaus in Polen bedeutet. Er meint weiter, ein Versuch der "Swjesda", dasGleichheitszeichen zwischen dem sogen. "sozialistischen Realismus" und der sozialistischen Kunst im allgemeinen zu setzen, sei grundfalsch.

"Wir dürfen nicht" - schreibt er zum Schluß seiner Ausführungen - "den Standpunkt einnehmen, daß nur eine einzige Form die sozialistische Kunst ausdrücken darf. In den weiten Grenzen der sozialistischen Kunst soll ein freies Spiel der vielen künstlerischen Richtungen die Entscheidung bringen.